



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 02.05.2011

Niederschrift

über die **24. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem **07.04.2011**, 15:41 Uhr bis 21:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Geffen van, Jörg; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kossmann, Sandra Dr.; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Lüttig, Marion; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk-Edis, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Neubert, Michael; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel Sen.; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schultz, Alfred; Senol, Sengül; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Michael;

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Houben, Reinhard; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Petschel, Eberhard; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- I. Der Oberbürgermeister führt Herrn Karel Schiele in sein Amt als Ratsmitglied ein und verpflichtet ihn gemäß § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung.
- II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn van Geffen, Frau Welcker und Frau Lüttig vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.
- III. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Beitragsfreies Kindergartenjahr"
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene / Unterzeichnung der Charta durch die Stadt Köln"
AN/0702/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0784/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0800/2011
- 3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Unverzögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke"
AN/0707/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0785/2011
- 3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbesserung der Luftqualität"
AN/0704/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0798/2011
- 3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Partnerstadt Tunis"
AN/0587/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/0768/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0787/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0799/2011
- 3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Buslinie zwischen Porz und Rodenkirchen"
AN/0683/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0789/2011

3.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Videoüberwachung in KVB-Bussen"
AN/0670/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
AN/0790/2011

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.5 Beteiligung der Stadtgesellschaft an stadtpolitisch bedeutsamen Vorhaben und
Intensivierung der Bürgerbeteiligung für das Georgsviertel (ehemaliges Archiv-
grundstück)
1119/2011

6 Ortsrecht

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
1271/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/0788/2011

6.3.4. Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden
0674/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0781/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied
Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0786/2011

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum Schnütgen - für
das Haushaltsjahr 2011
1276/2011

17 Wahlen

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wechsel im Unterausschuss Ganztag"
AN/0777/2011

- 17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung"
AN/0778/2011
- 17.6 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wechsel im Jugendhilfeausschuss
AN/0779/2011
- 17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung Finanzausschuss
AN/0791/2011
- 17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)
AN/0792/2011
- 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln/Bonn
AN/0793/2011
- 17.10 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Gesundheitsausschuss
AN/0797/2011
- 24. Allgemeine Vorlagen
- 24.8 Städtisches Schulgebäude Severinstraße 241, Köln-Altstadt-Süd (Friedrich-Wilhelm-Gymnasium FWG)
1396/2011

Absetzungen

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.3 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.1 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Kölner Stadtgebiet bzw. wiederkehrenden Lieferungen für Materialien auf die städtischen Bauhöfe

2254/2010

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2009 für die Bühnen der Stadt Köln
5299/2010

10.22 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln
0543/2011

23 Grundstücksangelegenheiten

23.2 Zukünftige Nutzung und Vermarktung des Staatenhauses am Rheinpark
0318/2011

24. Allgemeine Vorlagen

24.2 Bereitstellung von städtischen Dächern zur Errichtung privater Solaranlagen
1036/2011

IV. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde wegen der Länge der Tagesordnung zurückgezogen haben.

V. Der Oberbürgermeister schlägt vor,

TOP 3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
AN/0706/2011

und

TOP 3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Schmuckbeete"
AN/0705/2011

wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VI. Ratsmitglied Frank weist darauf hin, dass es zu

TOP 23.4 Grundstück Butzweilerhofallee / Von Hünefeld-Straße
0555/2011

in der Sitzung des Liegenschaftsausschusses Rückfragen gegeben habe, eine Stellungnahme der Verwaltung bisher jedoch nicht vorliege. Soweit die Angelegenheit nicht geklärt werden könne, müsse die Beratung der Vorlage zurückge-

stellt werden. Beigeordneter Streitberger erklärt, dass er sich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu der Sache zu Wort melden werde.

VII. Ratsmitglied Frank bittet die Behandlung von

TOP 10.27 Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache 4 (Ehrenfeld), Äußere Kanalstraße 67
4889/2010

zurückzustellen. In dieser Angelegenheit müssten noch offene Fragen mit der Verwaltung geklärt werden. Danach könne die Angelegenheit auch im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vollzogen werden.

Der Oberbürgermeister stimmt dieser Bitte zu.

VIII. Ratsmitglied Granitzka bittet, die Beratung von

TOP 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum
Schnütgen - für das Haushaltsjahr 2011
1276/2011

zurückzustellen. Die Vorlage habe seine Fraktion erst am Mittwochnachmittag erreicht. Eine Prüfung war daher in der Kürze der Zeit nicht möglich. Soweit keine inhaltlichen Bedenken gegen die Vorlage bestehen, könnte die Entscheidung auch in Form einer Dringlichkeitsentscheidung getroffen werden.

Der Oberbürgermeister stimmt diesem Vorschlag ebenfalls zu.

IX. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers
1210/2011

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene / Unterzeichnung der Charta durch die Stadt Köln"
AN/0702/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0800/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0784/2011
 - 3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine türkisch-nationalistische Propaganda in Köln"
AN/0657/2011
 - 3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Unverzögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke"
AN/0707/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0785/2011
 - 3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbesserung der Luftqualität"
AN/0704/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0798/2011
 - 3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Erhalt der Leistungsfähigkeit Kölner Straßen"
AN/0695/2011
 - 3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Pannen beim Bergungsbauwerk an der Stadtarchiv-Einsturzstelle"
AN/0658/2011

- 3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Vergabe durch die Stadt Köln nach sozialen und ökologischen Standards"
AN/0708/2011
- 3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
AN/0706/2011
- 3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Konzept für Nachhaltigkeit in Köln"
AN/0697/2011
- 3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Partnerstadt Tunis"
AN/0587/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/0768/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0787/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0799/2011
- 3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Buslinie zwischen Porz und Rodenkirchen"
AN/0683/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0789/2011
- 3.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Videoüberwachung in KVB-Bussen"
AN/0670/2011
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0790/2011
- 3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Schmuckbeete"
AN/0705/2011

- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen"
AN/0687/2011
 - 4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Praktikable Maßnahmen bei Lärmbelästigung im Bereich Brüsseler Platz"
AN/0694/2011
 - 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Weiternutzung des "Musical Dome" am Breslauer Platz"
AN/0698/2011
 - 4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Verkehrsreduzierende Maßnahmen auf der Rheinuferstraße - Wasserbuslinie"
AN/0686/2011
- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.5 Beteiligung der Stadtgesellschaft an stadtpolitisch bedeutsamen Vorhaben und Intensivierung der Bürgerbeteiligung für das Georgsviertel (ehemaliges Archivgrundstück)
1119/2011

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln; hier: Kleines Dienstsiegel
4992/2010
 - 6.1.2 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See
5406/2010
 - 6.1.3 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 6.3.1. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
1271/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/0788/2011
 - 6.3.2 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln
4033/2010
 - 6.3.3 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2011 vom 25.11.2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0447/2011
 - 6.3.4. Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden
0674/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0781/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0786/2011

- 6.3.5 Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkan-
te in Müngersdorf"
0031/2011
- 6.3.6. Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Park-
gebührenordnung)
5016/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2011
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten
genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die
Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der
Haushaltssatzung 2010/2011
0730/2011
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
- 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum Schnütgen - für
das Haushaltsjahr 2011
1276/2011
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.1 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Köl-
ner Stadtgebiet bzw. wiederkehrenden Lieferungen für Materialien auf die
städtischen Bauhöfe
2254/2010
- 10.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle
Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des
Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von
Aufzügen
4570/2010
- 10.3 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis
Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
4814/2010

- 10.4 Förderung von freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der interkulturellen Arbeit - Rücknahme von Kürzungen zur Vermeidung von Härtefällen
4904/2010/1
- 10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2009 für die Bühnen der Stadt Köln
5299/2010
- 10.6 Erneuerung/Umgestaltung S-Bahnstation Chorweiler-Nord
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln über die Haushaltsjahre 2010 und 2011
0063/2011
- 10.7 Bundeseinheitliche Behördenrufnummer D115 - Verbesserung des Bürgerservices in der Region
hier: Teilnahme des Service-Centers 115 Köln und weiterer kommunaler Partner in der Region an der Betriebsphase
0110/2011
- 10.8 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2011
0145/2011
- 10.9 Abführung an den städtischen Haushalt für 2011
0154/2011
- 10.10 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung
0211/2011
- 10.11 Wirtschaftsplan 2011 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0232/2011
- 10.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0253/2011
- 10.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Mülheimer Brücke
Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke
0262/2011

- 10.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf
0439/2011
- 10.15 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0656/2011
- 10.16 Netzwerk Innenstadt NRW
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
0688/2011
- 10.17 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011
- 10.18 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz
0979/2011
- 10.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010
- 10.20 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Einbau einer Lüftungs- und Klimaanlage im Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Baubeschluss
4232/2010
- 10.21 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens
hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung
5389/2010
- 10.22 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln
0543/2011
- 10.23 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2011
0610/2011

- 10.24 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0843/2011
- 10.25 Koelnmesse GmbH
hier: Verschmelzung der 100%igen Tochtergesellschaften Koelnmesse International GmbH und Koelnmesse Service GmbH auf die Koelnmesse GmbH
1078/2011
- 10.26 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 10.27 Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache 4 (Ehrenfeld), Äußere Kanalstraße 67
4889/2010
- 10.28 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz
4959/2010
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes
75340/03
Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur, 2. Änderung
0586/2011
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
0071/2011
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
- 15.1 Entwicklungskonzept Lindweiler
2212/2010

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 17 Wahlen
 - 17.1 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung einer Vertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Höfe
AN/0645/2011
 - 17.2 Besetzung des Unterausschusses Ganztags
0612/2011
 - 17.3 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG)
0925/2011
 - 17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wechsel im Unterausschuss Ganztags"
AN/0777/2011
 - 17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung"
AN/0778/2011
 - 17.6 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wechsel im Jugendhilfeausschuss
AN/0779/2011
 - 17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung Finanzausschuss
AN/0791/2011
 - 17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)
AN/0792/2011
 - 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln/Bonn
AN/0793/2011
 - 17.10 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Gesundheitsausschuss
AN/0797/2011

- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Erhöhung der Eintrittspreise für Erwachsene im Ostermärchen und den normalen Kinderstücken
ab der Spielzeit 2011/2012
0596/2011
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
 - 23.1 Ergänzung Bedingungen im Rahmen der Verlängerung eines Erbbaurechtes, Auf der Tonn/Industriestraße in Köln-Merkenich
1296/2010/1
 - 23.2 Zukünftige Nutzung und Vermarktung des Staatenhauses am Rheinpark
0318/2011
 - 23.3 Ankauf landwirtschaftlich genutzter Flächen in Köln-Zündorf
0528/2011
 - 23.4 Grundstück Butzweilerhofallee / Von Hünefeld-Straße
0555/2011
 - 23.5 Grundstücksverkauf Brühler Straße / Hitzelerstraße
0762/2011
 - 23.6 Grundstückstausch Ostmerheimer Straße in Köln-Merheim
0813/2011

- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Mietvertragsverlängerung für die Tageseinrichtung für Kinder, Düsseldorfer Str. 40, 51063 Köln
4126/2010
- 24.2 Bereitstellung von städtischen Dächern zur Errichtung privater Solaranlagen
1036/2011
- 24.3 Einsturz Historisches Archiv 03.03.2009
0521/2011
- 24.4 Errichtung von temporären Bauten für Kindertageseinrichtungen
0693/2011
- 24.5 Beteiligung der Stadt Köln an einer Europaweiten Ausschreibung des Dachverbandes kommunaler IT Dienstleister (KDN) zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen über die Lieferung von PCs, Monitoren, Druckern und Beamern
0830/2011
- 24.6 Beteiligung der Stadt Köln an einer Europaweiten Ausschreibung des Dachverbandes kommunaler IT Dienstleister (KDN) zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen über die Lieferung von PCs, Monitoren, Druckern und Beamern für den pädagogischen Bedarf Kölner
0997/2011
- 24.7 Koelnmesse GmbH, hier: Abschluss einer Interimsvereinbarung mit der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 - 18 GbR
1191/2011
- 24.8 Städtisches Schulgebäude Severinstraße 241, Köln-Altstadt-Süd (Friedrich-Wilhelm-Gymnasium FWG)
1396/2011
- 25 Wahlen
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers 1210/2011

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei Herrn Gerald Böse und der Dohle Handelsgruppe für die Stiftung jeweils eines Bechers (im Wert von 685,-- EUR).

Der Rat nimmt die Schenkungen als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene / Unterzeichnung der Charta durch die Stadt Köln" AN/0702/2011

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0784/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0800/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer tatsächlichen Gleichstellung insbesondere im so genannten Gleichstellungsamt für eine adäquate Besetzung der Planstellen mit Männern zu sorgen. Für weitere Ämter wie das Jugendamt soll die Verwaltung gegebenenfalls in ähnlicher Weise verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Die Stadt Köln tritt der „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ bei.

Der Rat der Stadt Köln wird regelmäßig über die Entwicklung der Umsetzung, die sich aus dem Beitritt ergibt, informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine türkisch-nationalistische Propaganda in Köln" AN/0657/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, eine Werbesatzung für das Stadtgebiet zu erlassen, die zukünftig insbesondere türkischsprachige Politpropaganda in Köln verhindert. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln wird aufgefordert, im Rahmen der Städtepartnerschaft mit der Stadt Istanbul deutlich zu machen, dass die Auftritte des Herrn Ministerpräsidenten Erdogan zu ablehnenden Irritation in der deutschen Bevölkerung führen und so das Verhältnis zwischen Deutschland und der Republik Türkei ernsthaft gefährdet werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Wegen beleidigender Äußerungen bzw. Missbilligung des Sitzungsleiters verhängt der Oberbürgermeister gegen Ratsmitglied Uckermann einen ersten sowie einen zweiten Ordnungsruf (zu den Einzelheiten wird auf das Wortprotokoll verwiesen).

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Unverzögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke"
AN/0707/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0785/2011**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie aus und fordert den Bundesgesetzgeber auf, das Atomgesetz entsprechend zu ändern.
2. Der RheinEnergie AG kommt dabei für Köln eine entscheidende Bedeutung zu. Die RheinEnergie AG soll alle Möglichkeiten nutzen, schnell sämtlichen Privat- und Gewerbekunden zertifizierten, kernenergiefreien Strom zu liefern, der möglichst CO₂-arm ist. Dabei ist Strom aus erneuerbaren Quellen und KWK-Anlagen zu bevorzugen.
Die RheinEnergie AG soll ihre Eigenerzeugung weiter ausbauen und nur noch in Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie, KWK-Anlagen auf Erdgasbasis und Speichertechnologie investieren.
3. Zusammen mit den Beteiligungen der GEW Köln AG, Brunata und NetCologne, soll ein intelligentes Energie-Management (smart energy, smart grid, smart meter, smart home) aufgebaut werden, so dass Stromerzeugung und -verbrauch optimal aufeinander abgestimmt werden.
4. Der Rat bekräftigt seine Beschlüsse, das Energiemanagement der Stadt Köln effektiver durchzuführen und verstärkt den Energieverbrauch in allen städtischen Einrichtungen und Betrieben zu reduzieren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der RheinEnergie AG die Verbraucherinnen und Verbraucher einschließlich der Wirtschaftsunternehmen in Hinblick auf Energieeinsparung und -effizienz zu beraten, mit dem Ziel, den Energieverbrauch in Haushalten und Betrieben nachhaltig zu senken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbesserung der Luftqualität"
AN/0704/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0798/2011**

Beschlüsse:

I. Vertagungsantrag von Ratsmitglied Welcker:

Den Antrag von Ratsmitglied Welcker, die Angelegenheit zu vertagen, **lehnt** der Rat gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) **ab**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat möge beschließen:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie

1. der dauerhafte Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsschäden durch erhöhte Luftschadstoffbelastungen gewährleistet und die Lebensqualität dadurch gesteigert werden kann;
2. durch intensivierte und gezielte Kooperation mit Industrie, Handel, Verbänden und Umweltgruppen die gemeinsame Verantwortung für die Luftqualität und den Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger einzufordern ist;
3. negative Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Köln zu vermeiden sind.

In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, durch eine Optimierung des Ressourceneinsatzes einen integrierten Ansatz zu verfolgen, der die Belange der Luftreinhaltung mit Gesundheits-, Lärm- und Klimaschutz verbindet. Dabei ist die Weichenstellung für eine nachhaltige Stadtentwicklung und ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept, das Staus und Parksuchverkehr vermeidet, durch intelligente Verkehrstechnik (z.B. Umweltampeln) den Straßenraum optimal nutzt und Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV als attraktive Alternative fördert, höchste Priorität einzuräumen.

Die Verwaltung wird daher gebeten, folgende flankierende Maßnahmen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich und den städtischen Gesellschaften zu forcieren:

1. Förderung von alternativen Antrieben, alternativen Kraftstoffen und optimierter Abgastechnik.
2. Senkung der Heizenergie-Emissionen.
3. Prüfung von Maßnahmen zum Einsatz umweltschonender Baumaschinen, Diesellokomotiven und Schiffen auf Kölner Stadtgebiet.

Bei einer konsequenten Durchführung der genannten Grundsätze und Maßnahmen werden Sperrungen und Fahrverbote, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mobilität beeinträchtigen, obsolet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

III. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der Luftqualität folgende Schritte einzuleiten und Umsetzungsmaßnahmen vorzulegen:

- Im gesamten Stadtgebiet wird bis 2014 eine Reduzierung der Schadstoffbelastung mit NO_x um 25 Prozent (ausgehend von 2009) angestrebt. Maßnahmen hierzu müssen insbesondere im Bereich Verkehr ergriffen werden.
- Die Schadstoffbelastung der Luft ist trotz der Umweltzone bisher nicht wesentlich gesunken. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, ihre Verantwortung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln wahrzunehmen und kurzfristig weitere Maßnahmen zur Verschärfung der Regelungen der Umweltzone – mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität – umzusetzen, z. B. durch ein Einfahrverbot für Fahrzeuge mit roter Plakette und eine Einschränkung des Ausnahmekatalogs. An stark befahrenen Straßen sollen weitere Messstellen eingerichtet werden. Bei der geplanten Fortschreibung des Kölner Luftreinhalteplans müssen die dort bereits genannten Maßnahmen (z. B. Landstromversorgung der am Rheinufer liegenden Schiffe) kurzfristig umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

**3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Erhalt der Leistungsfähigkeit Kölner Straßen"
AN/0695/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, künftig bei Anträgen oder Vorlagen die im Ergebnis zu einer Reduzierung der Leistungsfähigkeit von Straßen führen (z.B. Bonner Straße, Cäcilienstraße, Pipinstraße, Frankfurter Straße, Ringe und Rheinuferstraße usw.), die Folgen für den Verkehr und die angrenzenden Wohnquartiere darzustellen, insbesondere Staugefahr bzw. Schleich- und Umgehungsverkehre.

Darüber hinaus soll die Verwaltung geeignete Maßnahmen vorschlagen, wie den Folgen einer Reduzierung der Leistungsfähigkeit entgegengewirkt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

**3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Pannen beim Bergungsbauwerk an der Stadtarchiv-Einsturzstelle"
AN/0658/2011**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1.) Bauausführung und Bauaufsicht bei der Errichtung des Bergungsbauwerkes am historischen Archiv zu trennen
- 2.) bei dem zukünftigen Fortgang der Bauarbeiten Tiefbauexperten zu Rate zu ziehen
- 3.) Dem Rat der Stadt Köln einen Bericht vorzulegen, der ausführlich über die jüngsten Ereignisse informiert und darstellt, wie die zusätzlichen Kosten kompensiert beziehungsweise refinanziert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Vergabe durch die Stadt Köln nach sozialen und ökologischen Standards"
AN/0708/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln bestärkt die Verwaltung darin, die Vergaberichtlinien unter dem Gesichtspunkt der fairen Vergabe zu aktualisieren.
Die Verwaltung wird beauftragt auch weitere soziale Aspekte (z.B. Förderung der Jugendbeschäftigung, Diskriminierungsfreiheit) und ökologische Kriterien bei der Aktualisierung der Vergaberichtlinien zu berücksichtigen. Dabei sollen die Spielräume ausgeschöpft werden, die die Neuregelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, insbesondere §97 GWB bieten.
2. Die Verwaltung erstellt einen Leitfaden für die örtliche Vergabe mit Hinweisen auf die Gesetze und Vergabeordnungen mit anschaulichen Beispielen.
Mit diesem Leitfaden sollen soziale und ökologische Vergabekriterien der Europäischen Kommission, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen und der ILO bekannt gemacht werden und Bewerbern auf städtische Vergaben verdeutlicht werden.
3. Die Stadt Köln strebt an, bei Vergaben solche Betriebe bevorzugt zu berücksichtigen, die ausbilden.
Die Verwaltung prüft kurzfristig, ob die Neuregelungen des GWB ein solches Vorgehen zulassen. Falls notwendig, führt die Verwaltung Gespräche mit der Landesregierung, damit diese durch eine Verordnung oder durch ein Landesgesetz eine Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben rechtlich absichert.
4. Um zu überprüfen, ob die Regelungen der Vergabe durch den Auftragnehmer eingehalten werden, muss die Sanktionsstelle der Stadt angemessen mit Personal ausgestattet werden.
Die Verwaltung legt ein Konzept vor, die Personalausstattung der Sanktionsstelle des Vergabebeamten zu steigern. Eine mögliche teilweise oder vollständige Finanzierung von neuen Stellen durch einen Anstieg der Einnahmen aus Sanktionen soll dabei berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Ratsmitglied Gey verlässt, nach der Beratung dieser Angelegenheit, die Sitzung endgültig.

**3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend " Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
AN/0706/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den mündlichen Änderungsantrag von Ratsmitglied Sterck:

Der Rat beschließt, den Antragstext wie folgt zu ändern:

Wegen der unterschiedlichen Einwohnerzahlen, in den einzelnen Stadtbezirken, wird an Stelle eines gleichen Ansatzes von 100.000,- € pro Bezirk, 90 Cent/Pro Einwohner des jeweiligen Bezirkes zur Verfügung gestellt. Um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, werden die Einwohnerzahlen auf 1.000 (Stand: 31.12.) aufgerundet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Bezirksvertretungen werden gebeten, Vorschläge aus ihrem Stadtbezirk zu Maßnahmen für Stadtklima und Stadtverschönerung zu identifizieren, zu benennen und zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Beschlüsse dem Ausschuss Umwelt und Grün mitzuteilen. Die Mittelfreigabe und die abschließende Beschlussfassung für die Programme je Stadtbezirk erfolgt durch den Finanzausschuss.

Für diese Maßnahmen steht jedem Bezirk eine Ausgabeposition von 100.000 € aus dem im Hpl 2011 veranschlagten Ansatz „Stadtklima und –verschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer“ zur Verfügung. Mit dem Programm wird das Ziel verfolgt, vor Ort Maßnahmen zur Stadtverschönerung, wie z.B. Baumersatz- und Neupflanzungen, Maßnahmen zur Fassadenbegrünung, Maßnahmen zur Brunnenanierung und dem Betrieb von Brunnen sowie Blumenpflanzungen (Schmuckbeete) zu realisieren.

Das Programm wird aufgrund des im Rahmen der Hpl-Beratungen 2010/2011 getroffenen Finanzausschuss-Beschlusses vom 27.09.2010 grundsätzlich aus der Kulturförderabgabe finanziert. Die Verwaltung wird beauftragt im Haushaltsjahr 2011 kurzfristig eine geeignete Finanzierung der Maßnahme bereitzustellen, die für den Ergebnisplan 2011 aufwandsneutral ist. Die Maßnahme wird aus der Kulturförderabgabe finanziert, sobald die Abgabe vereinnahmt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit

3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Schmuckbeete"
AN/0705/2011

behandelt.

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Konzept für Nachhaltigkeit in Köln" AN/0697/2011

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich der Erklärung zu den „Strategischen Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ anzuschließen. Er soll dadurch ein deutliches Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und in die Verwaltung zugunsten einer nachhaltigen Stadtentwicklung setzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu entwickeln und im täglichen Verwaltungshandeln umzusetzen. Ziele sind, unter Beachtung der o. g. Erklärung:
 - a. die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung durch offene und transparente Verfahren;
 - b. die Herstellung einer auf selbsttragenden wirtschaftlichen Effekten beruhenden Finanzierung, eine langfristige Planung auf Basis einer konsequenten Aufgabenkritik und die Erreichung von Kostenklarheit, d. h. bei Investitionen z. B. unter Berücksichtigung der Kosten des gesamten „Lebenszyklus“ eines Gutes;
 - c. die Ausrichtung des Beschaffungs- und Vergabewesens an sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien;

- d. die Orientierung städtischer Handlungskonzepte an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und Einrichtung einer Erfolgskontrolle mittels eines auf Dauer angelegten Monitorings.

Laufende Projekte, z. B. zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz, sind in die Arbeiten einzubeziehen. Ein entsprechendes Konzept mit Handlungsoptionen soll dem Rat im vierten Quartal 2011 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Unterstützung für die Partnerstadt Tunis" AN/0587/2011

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/0768/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0787/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/0799/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Stadtverwaltung Tunis beziehungsweise die örtliche Stadtpolizei dahingehend zu unterstützen, dass die illegale Einreise in Staaten der Europäischen Union beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig unterbunden wird.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft soll hierzu eine Öffentlichkeitskampagne gestartet werden, die potentiellen illegalen Zuwanderern unter anderem drastisch vor Augen führt, dass die Stadt Köln illegale Einwanderer mit allen rechtlichen Möglichkeiten im Sinne einer Ausschaffung beziehungsweise Abschiebung behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Freude und Respekt zur Kenntnis, dass Ihre langjährige Partnerstadt Tunis aufgrund des selbstlosen Einsatzes seiner Bürgerinnen und Bürger die alte autokratische Staatsführung beseitigt hat und nun auf dem Weg ist, demokratische und rechtsstaatlichen Strukturen zu schaffen
2. Der neuen, durch demokratische Wahlen im Juli legitimierten Stadtregierung bietet die Stadt Köln ihre Unterstützung beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Selbstverwaltungs- und Dienstleistungsstrukturen an.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zum einen die konkrete Interessens- und Bedürfnislage sowie die aktuelle politische, soziale und wirtschaftliche Situation in der Partnerstadt Tunis zu recherchieren und zum anderen verlässliche Partner zu identifizieren, über die künftig die Zusammenarbeit und Unterstützung koordiniert und gestaltet werden kann.
4. Dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Internationales und Vergabe sind bis zur Sommerpause die Ergebnisse zu berichten. dabei soll die Verwaltung, die bereits stattfindenden Städtepartnerschaftsaktivitäten Köln – Tunis darstellen. Dies soll auch den Sachstand des Konzepts für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation sowie die Umsetzung des Kooperationsvertrages Tunis – Köln vom 08.10.2009 beinhalten.
5. Auch soll der Sachstand gemeinsamer Kulturprojekte, wie bereits in 2009 im Kooperationsvertrag Tunis – Köln vereinbart, dargestellt und Vorschläge zur Intensivierung vorgelegt werden. Die Verwaltung soll den Sachstand und die weitere Planung auch dem Kulturausschuss berichten.
6. Die kommunale Zusammenarbeit mit Städten in Nordafrika und der arabischen Welt bedarf auch der politischen aber auch der finanziellen Unterstützung von Seiten der Europäischen Union, des Bundes und des Landes NRW. Der Rat der Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, die Kommunen als Partner für den kürzlich auferlegten Demokratieförderungsfonds zuzulassen, so dass auch Städte für ihre Aktivitäten gegenüber ihren Partnerstädten Unterstützung aus dem Fonds erhalten können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **zugestimmt**.

**3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Buslinie zwischen Porz und Rodenkirchen"
AN/0683/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0789/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der vorliegende Antrag soll wie folgt geändert und ergänzt werden:

Der Rat beschließt, dass die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG die Möglichkeiten eines ergänzenden Nahverkehrsangebots zwischen Porz und Rodenkirchen prüft.

Zusätzlich zu einer Bus-Verbindung soll geprüft werden, ob mit einer Wasserbuslinie zwischen Porz und Rodenkirchen eine attraktive Ergänzung zum bestehenden Nahverkehrsangebot geschaffen werden kann.

Die Ergebnisse der jeweiligen Prüfungen sollen dann dem Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Beschluss über den so geänderten Antrag der CDU-Fraktion:

Der Rat beschließt, dass die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG die Möglichkeiten eines ergänzenden Nahverkehrsangebots zwischen Porz und Rodenkirchen prüft.

Zusätzlich zu einer Bus-Verbindung soll geprüft werden, ob mit einer Wasserbuslinie zwischen Porz und Rodenkirchen eine attraktive Ergänzung zum bestehenden Nahverkehrsangebot geschaffen werden kann.

Die Ergebnisse der jeweiligen Prüfungen sollen dann dem Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Videoüberwachung in KVB-Bussen"
AN/0670/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0790/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der vorliegende Antrag soll wie folgt geändert werden:

Der Rat beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG, die Einrichtung eines Videoüberwachungssystems für die Buslinien der KVB AG zu prüfen.
Vor der endgültigen Entscheidung über die Einführung von Videoüberwachung in den Buslinien soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit KVB und Polizei die Wirksamkeit der bisherigen Videoüberwachung in den Stadtbahnlinien in einem auf empirischen Daten basierenden Bericht an den Verkehrsausschuss darstellen. Zudem sind Erfahrungen anderer deutscher Städte (z.B. Bonn) darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

II. Beschluss über den so geänderten Antrag der FDP-Fraktion:

Der Rat beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit der KVB AG, die Einrichtung eines Videoüberwachungssystems für die Buslinien der KVB AG zu prüfen.
Vor der endgültigen Entscheidung über die Einführung von Videoüberwachung in den Buslinien soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit KVB und Polizei die Wirksamkeit der bisherigen Videoüberwachung in den Stadtbahnlinien in einem auf empirischen Daten basierenden Bericht an den Verkehrsausschuss darstellen. Zudem sind Erfahrungen anderer deutscher Städte (z.B. Bonn) darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Schmuckbeete" AN/0705/2011

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sommer- und Herbstbepflanzung folgender Schmuckbeete für das laufende Jahr sicherzustellen:

- Brückenköpfe an der Deutzer Brücke
- Pflanzbeete Roncalliplatz
- Beet im Blücherpark
- Beet im Stadtgarten Kalk
- Beet Innere Kanalstr. / Ecke Merheimerstr. (Alambra)
- Pflanzbeet Rodenkirchen
- Pflanzbeet Volksgarten (Eingang)

Die Finanzierung erfolgt aus den eigens dafür bereitgestellten Mitteln aus dem politischen VN zum Doppelhaushalt 2010/2011 (Stadtklima und -verschönerungsprogramm, Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer; Höhe 1,2 Mio. €).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit

TOP 3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betreffend "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen,
Blumen und Gewässer"
AN/0706/2011

behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Anmerkung:

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Leitung der Sitzung.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen"
AN/0687/2011**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Praktikable Maßnahmen bei Lärmbelästigung im Bereich Brüsseler Platz"
AN/0694/2011**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Weiternutzung des "Musical Dome" am Breslauer Platz"
AN/0698/2011**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Verkehrsreduzierende Maßnahmen auf der Rheinuferstraße - Wasserbuslinie"
AN/0686/2011**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

**5.5 Beteiligung der Stadtgesellschaft an stadtpolitisch bedeutsamen Vorhaben und Intensivierung der Bürgerbeteiligung für das Georgsviertel (ehemaliges Archivgrundstück)
1119/2011**

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei stadtpolitisch bedeutsamen Vorhaben jeweils eine verstärkte und frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Stadtgesellschaft zu prüfen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinaus gehen.

2. Als „Pilot“ soll im Hinblick auf die Planungen des ehemaligen Archivgrundstücks südlich des Georgsplatzes eine intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Stadtgesellschaft am Planungsprozess vorgesehen werden.

3. Der Rat beschließt für 2011 die Durchführung der unter Punkt 1. aufgeführten Maßnahmen sowie die hierfür überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwendungen im Teilergebnisplan 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Höhe von 65.000 € in Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Deckung erfolgt durch entsprechende zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 15, Transferaufwendungen.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bis Ende 2011 über die Erfahrungen mit den bis dahin erprobten Formen der Bürgerbeteiligung zu berichten und dem Rat einen Beschlussvorschlag zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln; hier: Kleines Dienstsiegel 4992/2010

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.1.2 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See 5406/2010

Beschluss:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.1.3 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung 0871/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 5).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln 1271/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/0788/2011

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln:

In der neuen Entgeltordnung wird im Punkt 8.1 unter b) „Natürliche Personen für 12 Monate“ und unter c) „Dauermitgliedschaft für 13 Monate“ wie bisher eine Gebühr von 23,50 Euro festgesetzt.

Auf die Erhöhung der Jahresgebühr um 62% auf 38,00 € wird verzichtet.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Kulturetat. Hierzu wird der Betriebskostenzuschuss der Bühnen um 270.000 Euro gekürzt.

Dies ist möglich, da die Bühnen für 2009 einen Bilanzgewinn von 2.070.647 Euro ausweisen, der laut Vorschlag der Betriebsleitung der Gewinnrücklage zugeführt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt zum 01.07.2011 die Neufassung der „Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke.Köln **zugestimmt**.

**6.3.2 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln
4033/2010**

Beschluss:

Die Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln wird wie in Anlage 1 vorgelegt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3.3 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2011 vom 25.11.2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
0447/2011**

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen in den Stadtteilen Severinsviertel, Sülz/Klettenberg, Porz-City und Rath/Heumar.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

**6.3.4 Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden
0674/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0781/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0786/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die Vorlage zur Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden (0674/2011) mit den folgenden Änderungen:

1. Ziffer 3 des Beschlussvorschlages erhält folgende neue Fassung:

Der Sperrbezirk unter Ziffer 1 (24-Stunden Sperrbezirk in Köln-Meschenich) soll zunächst für einen befristeten Zeitraum von drei Jahren eingerichtet werden.
Der Sperrbezirk unter Ziffer 2 (Sperrbezirk in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr) soll zunächst für einen befristeten Zeitraum von einem Jahr eingerichtet werden.

2. Ziffer 5 des Beschlussvorschlages erhält folgende neue Fassung:

Nach Ablauf eines halben Jahres nach Festlegung des vorgeschlagenen einjährigen Sperrbezirkes unter Ziffer 2 durch die Bezirksregierung wird eine Evaluation durchgeführt, die zusammen mit einem Beschlussvorschlag für das weitere Vorgehen den Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Lindenthal sowie den Ratsgremien vorgelegt wird.

Im letzten Halbjahr der dreijährigen Festlegung des vorgeschlagenen Sperrbezirkes unter Ziffer 1 wird für diesen Bereich auch eine Evaluation durchgeführt. Diese wird zusammen mit einem Beschlussvorschlag für das weitere Vorgehen ebenfalls den vorgenannten politischen Gremien vorgelegt.

3. Der Beschlussvorschlag erhält folgende neue Ziffer 6:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das Verdrängungseffekten durch die Sperrbezirksverordnung entgegen wirkt und bei der Prüfung alternativer Standorte hohe Anforderungen an die Eignung stellt. Dabei sind insbesondere die Belange des Jugend- und Landschaftsschutzes, sozialpolitische und gesundheitspolitische Aspekte sowie die Belange der Anwohner, aber auch die Belange der Prostituierten mit und ohne Wohnwagen zu berücksichtigen.

4. Der Beschlussvorschlag erhält folgende neue Ziffer 7:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Erlass der neuen Sperrbezirksverordnungen diese Bereiche in § 13 der Kölner Straßenordnung aufzunehmen. Damit soll es Freiern auch innerhalb der neuen Sperrbezirke untersagt werden, zu Prostituierten Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Handlungen gegen Entgelt zu vereinbaren.

5. Der Beschlussvorschlag erhält folgende neue Ziffer 8:

Zur Betreuung der drogenabhängigen Prostituierten in Köln-Meschenich wird die Verwaltung beauftragt, das bestehende Angebot der Anlaufstelle KölnBerg von Vision e.V. im bisherigen Umfang weiterhin sicherzustellen und zu etablieren. .

6. Der Beschlussvorschlag erhält folgende neue Ziffer 9:

Die Verwaltung wird beauftragt, den über die bisherigen gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen hinausgehenden Handlungsbedarf bezogen auf die Prostituierten zu ermitteln. Hierzu soll eine kurzfristige Bedarfserhebung mit anerkannten

wissenschaftlichen Methoden („rapid assessment“) durch ein externes Institut in Auftrag gegeben werden. Darauf aufbauend sollen Handlungsoptionen entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen auf diesem Wege mögliche Verdrängungseffekte der Prostitution aufgedeckt werden, um diese steuern zu können. Bis zum „Rapid assessment“ sollen die derzeitigen flankierenden gesundheitlichen und sozialen Angebote mindestens erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln die Erweiterung des im Kölner Süden ausgewiesenen Sperrbezirks für die Ausübung der Straßenprostitution zu beantragen. Zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes soll es verboten werden, in dem nachfolgend festgelegten Bezirk auf Straßen, Wegen, Plätzen und Brücken, in Bahnhöfen sowie an allen Orten, die öffentlich sind oder von der Öffentlichkeit eingesehen werden können, der Prostitution nachzugehen.

Der Sperrbezirk soll wie folgt begrenzt werden:

„Brühler Landstraße südlich Einmündung zum Schiffhof/Auf der Heidekaul – Autobahn in westlicher Richtung bis Kleingartenanlage – in nördlicher Richtung über Reitweg und Wirtschaftsweg bis Militärringstraße – Militärringstraße in östlicher Richtung bis Markierung Abschnitt 1, km 0,4 - Militärringstraße in westlicher Richtung bis Kreuzung Oberer Komarweg/Am Eifeltor – Am Eifeltor in südlicher Richtung bis Autobahn – Autobahn in östlicher Richtung bis Zollstocker Weg – Zollstocker Weg in südlicher Richtung bis Einmündung Am Eifeltor – von der Einmündung Zollstocker Weg/Am Eifeltor eine gedachte Linie 3 m östlich parallel des östlichen Straßenrandes Am Eifeltor bis Im Feldrain – Am Feldrain in südlicher Richtung bis unbenannter Feldweg zwischen Am Konrader Hof und Alte Brühler Str. – unbenannter Feldweg in südlicher Richtung dem Verlauf folgend der Stadtgrenze bis Brühler Landstr. Höhe Hausnummer 552 kreuzend – Brühler Landstr. in südlicher Richtung bis Kreuzung Kölnstr./In der Hell – In der Hell östliche Richtung bis zur ersten Feldwegeinmündung - in südlicher Richtung folgend der Stadtgrenze bis Bergegeiststr. – in östlicher Richtung der Stadtgrenze folgend bis Am Nordbahnhof – Am Nordbahnhof der Stadtgrenze in nördlicher Richtung folgend bis Rodenkirchener Str. – in nördlicher Richtung der Straße folgend über Im Hellenberg – hinter der Brücke weiter nördlich der Stadtteilsgrenze Meschenich folgend bis zum unbenannten Feldweg entlang dem Grundstück Am Haudorfer Baum – in nördlicher Richtung dem unbenannten Feldweg folgend bis Kreuzung Westwaldstr./Bödingen Str. – in westlicher Richtung bis Husarenstr. - Husarenstraße bis Autobahn – Autobahn in westlicher Richtung bis Brühler Landstraße.“

Der Sperrbezirk schließt die genannten Straßen und Wege mit Ausnahme der Autobahn ein.

Die kartographische Darstellung ist der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln die Einrichtung eines weiteren Sperrbezirkes für die Ausübung der Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr zu beantragen. Dieser Sperrbezirk soll wie folgt umgrenzt werden:

„Rheinufer Rheinkilometer 684,7 dem Rheinufer folgend in südlicher Richtung bis Rheinkilometer 680,3 – der Ortsgrenze Rodenkirchen in südlicher Richtung folgend bis Weißer Str. - Weißer Str. in westlicher Richtung bis Hedwigstr. – Hedwigstr. in westlicher Richtung bis Hammerschmidtstr. – Hammerschmidtstr. in südlicher Richtung bis Am Feldrain – Am Feldrain über Wattigniesstr. in westlicher Richtung bis Industriestr. – Industriestr. in nördlicher Richtung bis Emil-Hoffmann-Str. – Emil-Hoffmann-Str. in westlicher Richtung dem Waldrand entlang bis Am Neuen Forst – Am Neuen Forst in westlicher Richtung bis Bonner Landstr. – Bonner Landstr. in südlicher Richtung bis Kiesgrubenweg – Kiesgrubenweg in westlicher Richtung bis A 555 – in südlicher Richtung der A555 folgend bis Kerkrader Str. Anschlussstelle Köln Godorf – Kerkrader Str. in westlicher Richtung folgend bis zur Unterführung Im Hellenberg – Im Hellenberg weiter nördlich der Ortsgrenze folgend bis zum unbenannten Feldweg entlang dem Grundstück Am Haudorfer Baum - in nördlicher Richtung dem unbenannten Feldweg folgend bis Kreuzung Westerwaldstr/Bödingen Str. - in westlicher Richtung bis Husarenstr. – Husarenstr. in nördlicher Richtung bis Autobahn A4 – Autobahn A4 in westlicher Richtung bis Brühler Landstr.- Brühler Landstr. in nördlicher Richtung bis Einmündung zum Schiffhof/Auf der Heidekaul – Brühler Landstr. Einmündung Schiffhof/Auf der Heidekaul in südlicher Richtung bis Autobahn A4 – Autobahn A4 in westlicher Richtung bis Kleingartenanlage – in nördlicher Richtung über Reitweg und Wirtschaftsweg bis Militärringstr. – Militärringstr in östlicher Richtung bis Markierung Abschnitt 1, km 0,4 – Militärringstr. in westlicher Richtung bis Kreuzung Oberer Komarweg/Am Eifeltor – Am Eifeltor in südlicher Richtung bis Autobahn A4 – Autobahn A4 in westlicher Richtung folgend bis Autobahnkreuz Köln West Autobahn A1 – Autobahn A1 in nördlicher Richtung bis Aachener Str. (Anschlussstelle Lövenich) – Aachener Str. in östlicher Richtung folgend bis Militärringstr. – Militärringstr. in südlicher Richtung folgend bis Luxemburger Str. – Luxemburger Str. in nördlicher Richtung bis Geißbergstr. – Geißbergstr. in westlicher Richtung bis Oberer Komarweg - Oberer Komarweg in östlicher Richtung folgend bis Neuer Weyerstraßer Weg – Neuer Weyerstraßer Weg in nördlicher Richtung bis Zollstockgürtel – Zollstockgürtel in östlicher Richtung bis Rheinufer Rheinkilometer 684,7.“

Der Sperrbezirk schließt die genannten Straßen und Wege mit Ausnahme der Autobahn ein.

Die kartographische Darstellung ist ebenfalls der Anlage 1 zu entnehmen.

3. Der Sperrbezirk unter Ziffer 1 (24-Stunden Sperrbezirk in Köln-Meschenich) soll zunächst für einen befristeten Zeitraum von drei Jahren eingerichtet werden. Der Sperrbezirk unter Ziffer 2 (Sperrbezirk in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr) soll zunächst für einen befristeten Zeitraum von einem Jahr eingerichtet werden.

4. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Bildung eines Beirates, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den neuen Sperrbezirksregelungen begleiten, die Auswirkungen beobachten und ggf. Verbesserungsvorschläge unterbreiten soll.

Die Verwaltung wird mit der Geschäftsführung des Beirates beauftragt.

Dem Beirat gehören an:

- a) Vier vom Rat gewählte/entsandte Ratsmitglieder,
- b) vier von der Bezirksvertretung Rodenkirchen gewählte/entsandte Mitglieder der Bezirksvertretung,
- c) die Bezirksbürgermeisterin des Stadtbezirkes Lindenthal,
- d) der Bürgeramtsleiter des Stadtbezirkes Rodenkirchen,
- e) ein vom Polizeipräsidenten Köln benanntes Mitglied,
- f) ein von der Bundeswehrverwaltung benanntes Mitglied,
- g) vom Oberbürgermeister benannte Mitarbeiter/innen des Amtes für öffentliche Ordnung, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes der Stadt Köln.

Die Wahl der Beiratsmitglieder aus dem Rat der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Rodenkirchen erfolgt nach den Regelungen über die Wahl der Ausschussmitglieder nach § 50 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW.

5. Nach Ablauf eines halben Jahres nach Festlegung des vorgeschlagenen einjährigen Sperrbezirkes unter Ziffer 2 durch die Bezirksregierung wird eine Evaluation durchgeführt, die zusammen mit einem Beschlussvorschlag für das weitere Vorgehen den Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Lindenthal sowie den Ratsgremien vorgelegt wird.
Im letzten Halbjahr der dreijährigen Festlegung des vorgeschlagenen Sperrbezirkes unter Ziffer 1 wird für diesen Bereich auch eine Evaluation durchgeführt. Diese wird zusammen mit einem Beschlussvorschlag für das weitere Vorgehen ebenfalls den vorgenannten politischen Gremien vorgelegt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das Verdrängungseffekten durch die Sperrbezirksverordnung entgegen wirkt und bei der Prüfung alternativer Standorte hohe Anforderungen an die Eignung stellt. Dabei sind insbesondere die Belange des Jugend- und Landschaftsschutzes, sozialpolitische und gesundheitspolitische Aspekte sowie die Belange der Anwohner, aber auch die Belange der Prostituierten mit und ohne Wohnwagen zu berücksichtigen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Erlass der neuen Sperrbezirksverordnungen diese Bereiche in § 13 der Kölner Straßenordnung aufzunehmen. Damit soll es Freiern auch innerhalb der neuen Sperrbezirke untersagt werden, zu Prostituierten Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Handlungen gegen Entgelt zu vereinbaren.
8. Zur Betreuung der drogenabhängigen Prostituierten in Köln-Meschenich wird die Verwaltung beauftragt, das bestehende Angebot der Anlaufstelle KölnBerg von Vision e.V. im bisherigen Umfang weiterhin sicherzustellen und zu etablieren..

9. Die Verwaltung wird beauftragt, den über die bisherigen gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen hinausgehenden Handlungsbedarf bezogen auf die Prostituierten zu ermitteln. Hierzu soll eine kurzfristige Bedarfserhebung mit anerkannten wissenschaftlichen Methoden („rapid assessment“) durch ein externes Institut in Auftrag gegeben werden. Darauf aufbauend sollen Handlungsoptionen entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen auf diesem Wege mögliche Verdrängungseffekte der Prostitution aufgedeckt werden, um diese steuern zu können. Bis zum „Rapid assessment“ sollen die derzeitigen flankierenden gesundheitlichen und sozialen Angebote mindestens erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3.5 Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkante in Müngersdorf"
0031/2011**

Beschluss über die ergänzte Verwaltungsvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 41 Abs. 1, Buchstabe f der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit den §§ 22 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz, 42 e Abs. 1 Landschaftsgesetz NRW und 27 Abs. 4 Ordnungsbehördengesetz NRW den Erlass der als Anlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über die einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals „Mittelterrassenkante in Müngersdorf“.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, entsprechend der Verwaltungsvorlage mit der Ergänzung zu beschließen, dass für die Aufgabenerledigung beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt vorhandenes Übersoll-Personal zur Verfügung gestellt wird. Dieses Personal steht allerdings damit nicht mehr für anderweitige Aufgaben innerhalb der Verwaltung zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3.6 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln
(Parkgebührenordnung)
5016/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2011**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Von der vorgeschlagenen Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) wird abgesehen und die Regelung für das 15-minütige kostenfreie Kurzzeitparken (sogenannte Brötchentaste) in die Gebührenordnung endgültig aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 0730/2011

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/den Fachbeigeordneten in der Zeit vom 13.01.2011 bis 18.03.2011 für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2010 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **281,50 EUR** in **Teilplan 0416** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 281,50 EUR in **Teilplan 0111** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

2. **390,62 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 11 (Personalaufwand) sowie **234,38 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 625 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **2.396,52 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 11 (Personalaufwand) sowie **1.437,91 EUR** in **Teilplan 0507** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.834,43 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

2. **13.350 EUR** in **Teilplan 0605** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Deckung:

Wenigeraufwendungen i. H. v. 13.350 EUR in **Teilplan 0606** in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2010 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. **6.545 EUR** in **Teilplan 0111** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 6.545 EUR in **Teilplan 0604** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)

- 2 **6.696 EUR** in **Teilplan 0416** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)

Deckung:

Mehreinzahlungen i. H. v. 6.696 EUR in **Teilplan 0416** in Zeile 4 (Beiträge und ähnlichen Entgelten)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2011 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. **500 EUR** in **Teilplan 0414** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)

Deckung:

Wenigerauszahlungen i. H. v. 500 EUR in **Teilplan 0111** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum Schnütgen - für das Haushaltsjahr 2011 1276/2011

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer VIII – Seite 7).

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Vergabe von Zeitverträgen für verschiedene wiederkehrende Arbeiten im Kölner Stadtgebiet bzw. wiederkehrenden Lieferungen für Materialien auf die städtischen Bauhöfe 2254/2010

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seiten 5 und 6).

10.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen 4570/2010

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 22.03.2011:

Der Rat ist mit der Planung zum Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk vom 17.02.2011 zur Platzgestaltung, dem Erhalt von Baumstandorten und der Optimierung der Verkehrsführung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 100.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post – Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj.2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungser-

**mächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege,
Plätze
4814/2010**

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 01.03.2007 den Ausbau der Lützerathstraße und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 2.000.000 € im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6603-1201-8-5582, Lützerathstraße, Ausbau (Rösrather Straße –Am Burgacker), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Förderung von freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der interkulturellen Arbeit - Rücknahme von Kürzungen zur Vermeidung von Härtefällen
4904/2010/1**

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Vermeidung von Härtefällen bei der Förderung freier Träger im Sozialbereich für das Haushaltsjahr 2011 die Erhöhung der folgenden Zuschüsse:

Z an Verein Frauen helfen Frauen	5.500 €
Z für Frauenprojekte	5.000 €
Z für Rubicon Beratungszentrum	1.500 €
Z für Interkulturelle Zentren	16.440 €
Z für Gemeinwesenarbeit an Veedel e. V.	2.800 €
Z für Gemeinwesenarbeit an Holweider Selbsthilfe e. V.	2.800 €
Z für Gemeinwesenarbeit an Buchheimer Selbsthilfe e. V.	1.900 €
Z für Gemeinwesenarbeit an Christliche Sozialhilfe e. V.	<u>500 €</u>
Gesamt	36.440 €

In einer Höhe von 28.440 € fallen hierfür Aufwendungen in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, an. Diese können durch Sollumbuchung innerhalb des Haushaltsansatzes refinanziert werden, da an gleicher Stelle bei der Bezuschussung von Schülermittagessen Wenigeraufwendungen anfallen.

Darüber hinaus beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2011 zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 8.000 € in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Zeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen in Teilergebnisplan 0504, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, bei der Bezuschussung von Schüler Mittagessen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2009 für die Bühnen der Stadt Köln
5299/2010**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 6).

**10.6 Erneuerung/Umgestaltung S-Bahnstation Chorweiler-Nord
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemH-VO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln über die Haushaltsjahre 2010 und 2011
0063/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Kostenerhöhung um 340.000 € bei Finanzstelle 1502 - 0902 - 6 - 4560 (Dach S-Bahnstation Chorweiler-Nord) im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung), Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nach jetzigem Stand 2.353.000 €

Zur Finanzierung der Mehrkosten werden 340.000 € durch geringere Auszahlungen im gleichen Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502 - 0902 - 1 - 0000 (Innenstadt (südl. Erw.) Sanierung/Erneuerung), Auszahlungen für Baumaßnahmen, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Bundeseinheitliche Behördenrufnummer D115 - Verbesserung des Bürgerservices in der Region

hier: Teilnahme des Service-Centers 115 Köln und weiterer kommunaler Partner in der Region an der Betriebsphase 0110/2011

Beschluss:

1. Die Stadt Köln nimmt an der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer D115, die zum 01.04.2011 von der Pilot- in die Betriebsphase übergeht, weiter teil.
2. Die für die Teilnahme erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 93.100,-- € p.a. sind für 2011 ff. im Haushaltsplan 2010/2011ff. veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2011
0145/2011**

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung i. V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2011 erforderlich ist, wird auf EUR 118,7 Mio. festgesetzt.

Zur Vorbereitung des Geschäftsjahres 2012 wird die Betriebsleitung zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen bis EUR 8,0 Mio. ermächtigt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird unverändert auf EUR 25,0 Mio. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

**10.9 Abführung an den städtischen Haushalt für 2011
0154/2011**

Beschluss

1. Der Rat beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Vorauszahlungen an den Haushalt der Stadt Köln in Höhe des im Wirtschaftsplan 2011 vorgesehenen Abführungsbetrages von EUR 45.586.900 leistet.
2. Die Auszahlung erfolgt in 4 Raten zum jeweiligen Quartalsende.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

10.10 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung 0211/2011

Beschluss:

Der Rat stimmt der Erhöhung der Investitionsauszahlungen der Baumaßnahme Edsel-Ford-Straße im Rahmen des Programms zur „Sanierung der Sickergrubenanlagen auf den erforderlichen Stand der Technik“ im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung, um 1.102.000 € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 2.140.000 € statt 1.038.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.11 Wirtschaftsplan 2011 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0232/2011

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 I b) der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 50,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

- 10.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
0253/2011

Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1303, Friedhöfe, bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002, Beschaffung beweglichen Vermögens um 143.000,- € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 451.000,- €
2. Der Rat beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1303; Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2011 in Höhe von 143.000,- €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV**
Mülheimer Brücke
Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke
0262/2011

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Vergabe von Prüfenieurleistungen für die Instandsetzung der Mülheimer Brücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe an einen externen Prüfenieur. Die Realisierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Mittel in Höhe von 146.000,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2011, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf 0439/2011

Beschluss:

Der Rat erkennt den zusätzlichen Stellen-/Personalbedarf für 5,5 Stellen [1 Diplomingenieur, Vergütungsgruppe II/II + Vg, Fallgruppe 1/1 BAT (= Entgeltgruppe 13 TVöD), 1 Diplomingenieur, Vergütungsgruppe III/II, Fallgruppe 1/1b BAT (= Entgeltgruppe 12 TVöD) und 3,5 Diplomingenieure, Vergütungsgruppe IVa/III, Fallgruppe 1/1c BAT (= Entgeltgruppe 11 TVöD)] für die weitere Planung und Realisierung der 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn und der Straßenbaumaßnahme „Bonner Str. von Marktstraße bis Verteilerkreis Köln-Süd“ mit dem Neubau der P+R Anlage an und genehmigt zum Stellenplan 2012 die unbefristete Stellenzusetzung.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Einrichtung der o.g. Stellen und die sofortige unbefristete Besetzung. Entsprechende Verrechnungsstellen werden verwaltungsmäßig intern bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 bereit gestellt.

Die Finanzierung des mit der Einrichtung der 5 zusätzlichen Stellen bei dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik und bei dem Amt für Brücken und Stadtbahnbau verbundenen zusätzlichen Personal- und Sachkostenaufwandes erfolgt durch Aufstockung der entsprechenden Budgets zum HPL 2012 bei den genannten Ämtern.

Die Finanzierung des mit der Einrichtung der 0,5 Stellen bei dem Zentralen Vergabeamt verbundenen Personal- und Sachkostenaufwandes erfolgt über den erzielten Mehrwert durch zeitnähere positive Nachtragsverhandlungen.

Die Aufstockung der Budgets für Personal- und Sachkosten führt zu einer Erhöhung des bisherigen Fehlbetrages in der mittelfristigen Ergebnisplanung.

Damit wird die Ratsvorlage vom 27.02.2009 (Session-Nr. 0496/2009) gegenstandslos.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.15 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0656/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass zum Ausgleich des zu erwartenden Bilanzverlustes des Geschäftsjahres 2010 der Koelnmesse GmbH Rücklagen der Gesellschafterin Stadt Köln in Höhe von 41.480 Tsd. € aufgelöst werden und ermächtigt den Gesellschaftervertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Koelnmesse GmbH entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.16 Netzwerk Innenstadt NRW
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
0688/2011

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im „Netzwerk Innenstadt NRW“ mit einem Jahresbeitrag i. H. v. 3.000,- € zu beantragen. Die Mitgliedschaft hat eine Mindestdauer von drei Jahren.

2. Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. eine/n Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Netzwerk Innenstadt NRW wahrzunehmen.

3. Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrages in Höhe von 3.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.17 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen
an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet
0856/2011

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von Maßnahmen zum Schutz der rechtsrheinischen Stadtbahnanlagen vor Hochwasser. Für die beschriebenen Maßnahmen sollen die erforderlichen Planungsaufträge der Objektplanung und Tragwerksplanung zur Erstellung von ausschreibungsreifen Unterlagen erteilt, die erforderlichen Genehmigungen beantragt und die Finanzierung sichergestellt werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von mehreren Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans in Höhe von 125.000,- € bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.18 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz
0979/2011**

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Dienstreise der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Grün am 06. Mai 2011 zum Besuch der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010**

Beschluss gemäß neuem Vorschlag der Verwaltung:

Auf Grund der mit der DB Netz AG erzielten Abstimmung, dass die Sanierung der Treppentürme durch die DB Netz AG erfolgt, beschließt der Rat den Verzicht auf die Erneuerung der Zwischendecken in den beiden linksrheinischen Treppentürmen und beauftragt die Verwaltung mit der Teilkündigung des laufenden Bauvertrages für diese Leistungen.

Bei dieser Teilkündigung entstehen Kosten in Höhe von geschätzten 67.500,00 EURO. Diese Kosten umfassen den entgangenen Gewinn für beauftragte, aber nicht auszuführende Leistungen sowie für bereits beschaffte Materialien und deren bisherige Zwischenlagerung.

Die für die Teilkündigung erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Die linksrheinischen Treppenhäuser werden bis zur Durchführung der Sanierung durch die Deutsche Bahn AG nicht für die Öffentlichkeit freigegeben. Bis dahin sind die vorhandenen Außentreppen die einzigen linksrheinischen Zugänge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.20 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Einbau einer Lüftungs- und Klimaanlage im Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Bauabschluss 4232/2010

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Einbau einer Lüftungs- und Klimaanlage mit Kältereister im Bürgerzentrum Engelshof mit Gesamtkosten von 478.000 €.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung der Baukosten für das Haushaltsjahr 2011 im Teilfinanzplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 443.000 €.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212, Brand- u. Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.21 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung 5389/2010

Beschluss gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 22.03.2011:

Der Rat stimmt der vorgelegten Planung des Brückenbauwerks Severinstraße über den Perlengraben zu.

Für die vorgesehene Gestaltung der Straßen- und Gehwegsflächen einschließlich der Details zur Barrierefreiheit wird die Verwaltung nochmals mögliche Alternativen prüfen bzw. mit den Behindertenverbänden erörtern und die Ergebnisse vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.22 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei
den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln
0543/2011**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer III – Seite 6).

**10.23 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2011
0610/2011**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2011 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 15,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 20,3 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.24 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
0843/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Erhöhung der voraussichtlich nicht durch Versicherungen oder sonstige Dritte erstattungsfähigen Kosten der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) für den Bau der Nord-Süd Stadtbahn im Zusammenhang mit dem Unglück Waidmarkt zur Kenntnis und beschließt, diese Mehrkosten in Höhe von ca. 29,3 Mio. € in ergänzender Auslegung des § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag auszugleichen.

Dieser Ausgleich erfolgt nur soweit, als die KVB hierfür keine Leistungen, Erstattungen oder Schadenersatzzahlungen Dritter erhalten hat bzw. erhält. Die Finanzierung erfolgt daher ausdrücklich vorbehaltlich der Durchsetzung von entsprechenden Regress- oder Entschädigungsansprüchen gegen regresspflichtige Dritte und die Vertragspartner der KVB sowie vorbehaltlich von Erstattungen und Schadenersatzzahlungen von Versicherungen.

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass für den Fall, dass Kosten bzw. Kostenanteile der KVB nicht durch Dritte erstattet werden, diese in ergänzender Auslegung des § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages bei der Stadt Köln verbleiben, vorbehaltlich einer eigenen Verantwortlichkeit der KVB nach den Bestimmungen des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.25 Koelnmesse GmbH
hier: Verschmelzung der 100%igen Tochtergesellschaften Koelnmesse International GmbH und Koelnmesse Service GmbH auf die Koelnmesse GmbH
1078/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Verschmelzung der 100%igen Tochtergesellschaften Koelnmesse International GmbH und Koelnmesse Service GmbH auf die Koelnmesse GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.26 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den vorliegenden ersten Entwicklungsbericht zu den Leitlinien für ein soziales Köln zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.27 Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache 4 (Ehrenfeld), Äußere Kanalstraße 67
4889/2010**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer VII – Seite 7).

**10.28 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz
4959/2010**

Beschluss:

Die Stadt Köln verzichtet grundsätzlich auf die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes gemäß § 36 a des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 75340/03
Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur, 2. Änderung 0586/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes 75340/03 mit gestalterischen Festsetzungen betreffend den nordöstlichen Wohnbereich in Köln-Porz-Libur, zwischen Liburer Straße und dem Fußweg, der die Adolf-Kalsbach-Straße und die Alte Burgstraße verbindet –Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur, 2. Änderung– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Dr. Schlieben nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
0071/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld –Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld– für das Gebiet zwischen Venloer Straße, Schönsteinstraße,

Bartholomäus-Schink-Straße, nordwestliche Grenze des Grundstücks Ehrenfeldgürtel 125 (Post) in Verlängerung bis zur Subbelrather Straße (Stadtteilbibliothek), Subbelrather Straße, Gravenreuthstraße, Hüttenstraße und Ehrenfeldgürtel in Köln-Ehrenfeld in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Entwicklungskonzept Lindweiler 2212/2010

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Lindweiler mit seinen Planungs- und Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung entsprechend § 1 (6) Nr. 11 Baugesetzbuch.
2. Auf Grundlage des Entwicklungskonzeptes beschließt der Rat für Köln-Lindweiler eine Festlegung als 'Gebiet der Sozialen Stadt' gemäß § 171e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB). Die Abgrenzung ist in Anlage 1, Anhang - Karte 11 dargestellt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines 'Integriertes Handlungskonzeptes' (IHK) als Grundlage zur Einwerbung von staatlichen Fördermitteln. Das IHK ist aus dem Entwicklungskonzept Lindweiler abzuleiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die in Anlage 1 unter Kapitel III - 4.5 aufgeführten 'ad hoc-Maßnahmen' sind von der Verwaltung vorab kurzfristig umzusetzen bzw. zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

17 Wahlen

17.1 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung einer Vertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Höfe AN/0645/2011

Beschluss:

Anstelle von **Frau Polina Frebel** wählt der Rat auf Vorschlag der SPD-Fraktion **Frau Dagmar Paffen** zur Vertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Höfe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

17.2 Besetzung des Unterausschusses Ganztage 0612/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aufnahme der 6 nachfolgenden Schulsprecher/-innen der Haupt-, Förder-, Real- und Gesamtschulen sowie der Gymnasien in den Unterausschuss Ganztage:

Frau Dagmar Erxleben – Hauptschulen
(Frau Ottilie Kühn-Stegmann als Stellvertreterin)
Herr Michael Heinrichsdorff – Förderschulen
Herr Wolfgang Biederstädt – Realschulen
Herr Herbert Kalter – Gymnasien
Frau Anni Schulz-Krause – Gymnasien
Herr Klaus Meyer-Babucke - Gesamtschulen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.3 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG) 0925/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolgerin für Frau Secker auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein Westfalen e. V. als ordentliches Mitglied

Frau Dorothea Erpenbeck

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wechsel im Unterausschuss Ganztage" AN/0777/2011

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion, als Nachfolgerin für Frau Dr. Eva-Marie Fiedler,

Frau Yvonne Gebauer, MdR,

zur Sachkundigen Einwohnerin in den Unterausschuss Ganztage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung" AN/0778/2011

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion, als Nachfolger für Frau Dr. Eva-Marie Fiedler,

Herrn Peter Fellmann,

wohnhaft Krefelder Wall 32 in 50670 Köln,
als Sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.6 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Wechsel im Jugendhilfeausschuss
AN/0779/2011**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion, als Nachfolger für die stellvertretende Sachkundige Bürgerin, Yvonne Bußmann,

Herrn Daniel Nott,

wohnhaft Cohnenhofstr. 97 a, 50769 Köln
zum stellvertretenden Sachkundigen Bürger des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung Finanzausschuss
AN/0791/2011**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln, anstelle von Manfred Rouhs,

Herrn Jörg Uckermann,

zum Mitglied des Finanzausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)
AN/0792/2011

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln, anstelle von Herrn Bernd M. Schöppe,

Herrn Jörg Uckermann, in den Verwaltungsrat der StEB und **Herrn Karel Schiele** zu seinem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Benennung eines Mitgliedes im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln/Bonn
AN/0793/2011

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln anstelle von Herrn Manfred Rouhs, Herrn Bernd Schöppe, in ~~den Verwaltungsrat~~ die ~~Verbandsversammlung~~ der Sparkasse Köln/Bonn und Herrn Jörg Uckermann als seinen Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Wiener erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass es sich nicht wie im Antrag angegeben, um den Verwaltungsrat sondern richtigerweise um die Zweckverbandsversammlung handele.

17.10 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Gesundheitsausschuss
AN/0797/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle von Frau Sabine Stiller

Herrn **Hartmut Steffens**

als sachkundigen Einwohner in den Gesundheitsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Erhöhung der Eintrittspreise für Erwachsene im Ostermärchen und den normalen Kinderstücken ab der Spielzeit 2011/2012 0596/2011

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Wir beschließen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO die Festsetzung des Eintrittspreises für Erwachsene in allen Kindervorstellungen bei den Puppenspielen der Stadt Köln ab der Spielzeit 2011/2012 auf 12 €.

Köln, den 22. März 2011

Jürgen Roters
Oberbürgermeister

Susana dos Santos Herrmann
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
Punkte 4.1 bis 17.1